

Unsere Themen

Öffentliche Sicherheit Seite 1

Respekt ist Pflicht Seite 2

Portrait Meike Nau Seite 3

Verbandsbeschwerderecht Seite 3

Privatisierung in Wädenswil? Seite 4

LÖSUNGEN STATT POLEMIK

Öffentliche Sicherheit in den Gemeinden

DANIEL JOSITSCH, STRAFRECHTSPROFESSOR
UND SP-NATIONALRAT, STÄFA

Das Thema der öffentlichen Sicherheit bewegt regelmässig die Medien und die Bevölkerung. Die Politik muss auf dieses Thema eingehen, denn es handelt sich dabei um eine typische Aufgabe im Bereich des Service public.

Das Gewaltmonopol liegt beim Staat und es ist daher seine Aufgabe, den Menschen Sicherheit zu gewährleisten. Dort, wo dies nicht der Fall ist, muss die öffentliche Hand tätig werden. Die SP steht zu einem starken Service public und sie muss sich deshalb auch dieses Themas annehmen. Bisher hat sich vor allem die SVP damit hervorgetan, dass sie das Thema politisch und vor allem medial «bearbeitet» hat. Das ist bedauerlich, denn damit entstand bei vielen Wählerinnen und Wählern der falsche Eindruck, dass die SVP-Politik ein Mehr an öffentlicher Sicherheit bringen könnte. Tatsache ist, dass für die SVP exemplarisch harte Strafen und die Ausschaffung von Ausländern selbst bei Bagatelldelikten das Alleinseligmachende ist. Damit ist aber, wie die Realität zeigt, nichts gewonnen. Es ist deshalb notwendig, differenzierte Lösungsansätze in die Diskussion einzubringen.

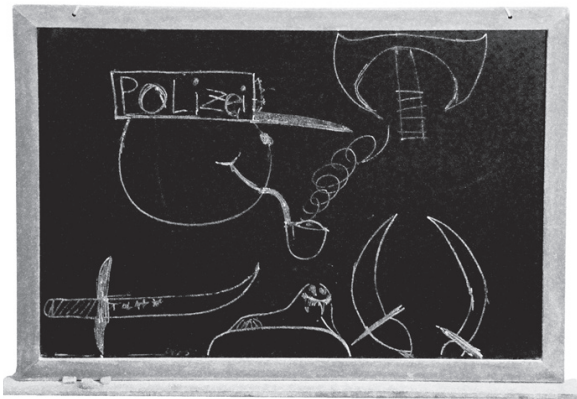
Es wird immer wieder darüber diskutiert, ob die öffentliche Sicherheit in der letzten Zeit zu- oder abgenommen hat. Fakt ist, dass z.B. im Bereich der Jugendkriminalität eine Zunahme der Gewaltverbrechen zu verzeichnen ist. Das beunruhigt. Trotzdem sind solche Delikte absolute Ausnahmen. Realistischerweise muss daher festgestellt werden,

dass in den Zürcher Gemeinden, insbesondere den Landgemeinden am See, mit Bezug auf die öffentliche Sicherheit keine grossen Probleme bestehen. Öffentliche Sicherheit hat aber weniger mit der tatsächlichen Gefahr, sondern vor allem auch mit der Befindlichkeit der betroffenen Menschen zu tun. Auch das ist ernst zu nehmen, und zwar insbesondere dann, wenn sich in einer Gemeinde einzelne Probleme ergeben.

DIFFERENZIERTE LÖSUNGSANSÄTZE Solche Probleme ergeben sich zuweilen, wenn Jugendliche sich in Gruppen zusammenschliessen und in einer Gemeinde eine «Szene» bilden, aus der heraus Sachbeschädigungen, Lärmemissionen, Personenbelästigungen oder gravierendere Delikte verübt werden. Was ist in solchen Fällen zu unternehmen?

Dort wo konkrete Straftaten stattfinden, sind die repressiven Mittel des Strafrechts und des Jugendstrafrechts konsequent einzusetzen. Zuwei-

len ist festzustellen, dass Behörden in diesem Bereich zu zaghaft vorgehen. Das ist falsch verstandene Grosszügigkeit. Das Strafrecht, insbesondere das Jugendstrafrecht hat (auch) eine präventive Wirkung. Diese kann es aber nur entfalten, wenn frühzeitig konsequent eingegriffen wird. Mit Strafe allein ist es aber nicht getan. Diejenigen Jugendlichen, die straffällig geworden sind, müssen engmaschig begleitet werden. Es ist zu analysieren, wo die Probleme im konkreten Fall liegen. Dabei müssen die verschiedenen Behörden – Schule, Vormundschaftsbehörde, Strafverfolgungsbehörden – stärker zusammenarbeiten, als das heute oft der Fall ist. Die Erfahrung zeigt,



Meike Nau als Friedensrichterin

Sie vermittelt vorurteilsfrei, respektvoll und kompetent. Wir wollen die Beste. Portrait auf Seite 3.



Friedensrichterwahl am 8.2.09

Abstimmung am 30.11.2008 Hingehen oder Brief einwerfen.

Unsere Kinder, die Natur und die ArbeitnehmerInnen brauchen Ihre Stimme!



JA zu HARMOS – für eine Schule mit Zukunft

Unsere Empfehlungen auf Seite 3.

Parteiversammlung am 28.01.2009, 20 Uhr im Volkshaus

Unsere Parteiversammlungen sind öffentlich. Gäste sind herzlich willkommen. Termine auf www.spwädenswil.ch

dass dort, wo dies geschieht, gerade Jugendliche von ihrem falschen Weg weggebracht werden können. Häufig zeigt sich, dass solche Jugendliche unter Defiziten im familiären Umfeld verfügen und dass hier eine gezielte Unterstützung von aussen vieles in positiver Hinsicht verbessern kann.

ZUSAMMENARBEIT IN DER PRÄVENTION

Die gezielte Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden ist vor allem auch im präventiven Bereich von entscheidender Bedeutung. In einer Landgemeinde üblicher Grösse sind den Behörden Jugendliche mit entsprechenden Defiziten in aller Regel relativ früh bekannt. Häufig greifen die Behörden dann aber unkoordiniert und teilweise erst spät ein. Es ist bedauerlich, dass einzelne Problemfälle über Jahre hinweg

mit unkoordinierten Einzelmassnahmen einmal von Gemeindebehörden, einmal von Schulbehörden, dazwischen wieder von Strafverfolgungsbehörden angegangen werden, ohne dass koordinierte Lösungen gesucht werden.

Da öffentliche Sicherheit aber auch viel mit dem Gefühl der Sicherheit zu tun hat, ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass sie sich in Ruhe und in Sicherheit auch in der Nacht in ihrer Gemeinde bewegen können. Hier müssen Massnahmen greifen, die insgesamt wohl nur wenig zur Problemlösung beitragen, aber den Menschen eben auch ein Gefühl der Sicherheit geben. Hierhin gehört die Polizeipräsenz in einer Gemeinde oder die Gestaltung des öffentlichen Raums. ■

UMFRAGE Eine Stimme aus der So!-Umfrage zum Thema Sicherheit:

«Ich wohne seit ca. 6 Jahren in Wädenswil. Die Sicherheit hat sich gewandelt. Da ich noch jung und sportlich bin, habe ich keine Angst vor den entstandenen Gruppierungen... Mich ärgern aber der verursachte Lärm bis morgens um drei Uhr und die zunehmenden Sachbeschädigungen enorm... Handelt man jetzt, hält man den Aufwand noch gering und zeigt auf, dass man eine Gesellschaft will, die alle respektiert und die die Schwächeren schützt.»

CHANCEN GERECHT VERTEILEN

Respekt ist Pflicht für alle

JULIA GERBER RÜEGG, CO-PRÄSIDENTIN DER SP-FRAUEN SCHWEIZ

Die Finanzkrise hat über Nacht riesige Summen von Kapital vernichtet – Aktienkapital, Sparkapital, Vorsorgekapital und Arbeitsplätze. Das trifft uns alle, schafft Unsicherheit.

Verantwortlich für dieses Debakel sind die Männer in den Teppichetagen der gescheiterten Finanzinstitute. Sie haben sich in respektloser Weise durch kurzfristiges und eigennütziges Gewinnstreben zu unverantwortlichen Risiken hinreissen lassen.

DIE VERNICHTUNG DES SOZIALEN KAPITALS Die bürgerlichen Parteien, dominiert von Patriarchen, und die Interessensverbände der Wirtschaft priesen bis anhin auf allen Kanälen den grenzenlosen Wettbewerb – ganz besonders den Steuerwettbewerb – als naturgegebenen Wirtschaftsmotor, ohne den nichts laufe. Sie schürten die Angst vor Arbeitsplatzverlust und das Misstrauen gegenüber allen, die im Wettbewerb nicht mithalten und daher auf Sozialleistungen angewiesen sind. In der Politik haben die Vertreter der Wirtschaft den Sozialstaat unablässig angegriffen und den Grundsatz der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sukzessive ausgehöhlt. Ein Steuerprivileg nach dem anderen wurde zugunsten der reichen Manager und Spekulanten durchgepeitscht und immer neue staatliche Sparpakete mussten geschnürt werden. Gewerkschafter und linke oder christlich orientierte Politikerinnen, die den sozialen Ausgleich hochhielten, wurden als ewig gestrige Sozialromantikerinnen, inkompetente Weltverbesserer und hoffnungslose Moralistinnen verlacht.

Mit anderen Worten: Der Vernichtung gigantischer Summen von Volksvermögen ist eine ebenso gigantische und zielgerichtete Vernichtung des sozialen Kapitals vorangegangen. Dieser schwer fassbare Verlust hat in der ganzen Bevölkerung diffuse Ängste geschürt. Sündenböcke wurden schnell gefunden: kriminelle Ausländer und sogenannte

Sozialschmarotzerinnen. Lauthals wurde eine Scheindebatte über Unsicherheitsgefühle und zunehmende Gewalt geführt und das Heil in mehr repressiven Massnahmen gesucht. Die wahre Ursache für die schlechten Gefühle und die Zunahme schwerer Delikte, die Vernichtung des sozialen Gefüges, wurde dagegen nicht wirklich thematisiert.

CHANGENGLEICHHEIT SCHAFFT SICHERHEIT Angst und Gewalt entstehen immer da, wo Macht, Lebensperspektiven und Chancen ungleich verteilt sind. Sicherheit und Wohlbefinden können nur hergestellt werden, wenn die Chancen gerecht verteilt sind. Gewaltprävention bedeutet darum die Bekämpfung von materiellen und gesellschaftlichen Machtungleichgewichten. Das gilt auch für das Macht- und Armutsgefälle zwischen Frauen und Männern. Interessanterweise fehlt heute die Geschlechterperspektive in der Analyse des Finanzdebakels, wie auch in der medial aufgebauchten Diskussion um das Thema Gewalt. Dabei ist es offensichtlich: Weil den Frauen der Zugang zu den Entscheidungsgremien in den Banken verwehrt war, konnten sie mit ihrem traditionell eher langfristigen und vorsorglichen Denken und Handeln die einseitige Ausrichtung der Manager am kurzfristigen eigennützigem Gewinndenken nicht beeinflussen. Das muss ändern! Darum gilt es jetzt, Mädchen und Frauen zu stärken, damit sie den ihnen zustehenden Raum überall in der Gesellschaft einnehmen, ihre Grenzen setzen und sich Respekt verschaffen können, vom Schlafzimmer bis in die Teppichetagen der Wirtschaft. Respekt ist Pflicht für alle und überall. Jeder Weg zu mehr Sicherheit führt über den Weg der Chancengleichheit. Sie erst schafft umfassende Sicherheit! ■



FOTO: ANNETTE BOUILLER

8. FEBRUAR 2009

Meike Nau kandidiert als Friedensrichterin

Wädenswil sucht eine neue Friedensrichterin. Die SP präsentiert eine Kandidatin, die für das Amt gemacht ist.

Seit ihrer Wahl in den Gemeinderat und als Mitglied der GRPK hat sich Meike Nau (47) über alle Parteigrenzen hinweg durch ihre offene, klare und einfühlsame Art Respekt verschafft. Sie geht direkt auf Menschen zu, urteilt vorurteilsfrei und respektvoll und hat die Gabe, gut zuhören zu können. In verfahrenen Situationen kann sie vermitteln und mit ihrem Gerechtigkeitsinn eine Lösung entwickeln, die für alle stimmt. Alles Eigenschaften, die sie für das Amt der Friedensrichterin prädestinieren: «Mein Ziel ist es, die hohe Rate an Einigungen



beizubehalten und damit die Gerichte zu entlasten.»

Meike Nau verfügt als Familienfrau und Mutter eines 15-jährigen Sohns über die nötige zeitliche Kapazität und dank ihrer umfassenden Sprachkenntnisse, ihrer langjährigen Berufserfahrung und dem erfolgreichen Abschluss eines Nachdiplomstudiums (u.a. mit den Modulen Recht und Projektmanagement) auch über die nötigen Kenntnisse für das Friedensrichteramt.

Die anspruchsvolle Aufgabe als Friedensrichterin reizt sie, weil sie darin ihre Fähigkeiten zum Wohl der Bevölkerung und der Stadt einsetzen kann. «Ich kandidiere nicht gegen Mitbewerber, sondern für dieses spannende Amt.»

VERBANDBESCHWERDERECHT

FDP-Initiative bedroht unsere Natur

GABRIELE TULIPANI

1966 führte der Gesetzgeber die Verbandsbeschwerde ein und wies den Umweltorganisationen – in klar definierten Fällen – die Funktion von «Anwälten der Natur» zu. Am 30. November 2008 stimmt das Schweizer Volk über die Initiative der Zürcher FDP ab, die das Beschwerderecht faktisch abschafft.

Die Umweltverbände lösen weniger als 2% aller Einsprachen gegen Bauvorhaben aus. Sie nehmen ihr Beschwerderecht ersichtlich sorgfältig wahr. In rund 70% aller Fälle gibt das Gericht ihnen Recht und ordnet Verbesserungen zu Gunsten des Natur- und Umweltschutzes an.

Eine Annahme der Initiative hätte weitreichende Folgen. Beispielsweise wäre die Beschwerde, wie sie gegen das im Jahre 2003 geplante Reitsportzentrum Mosli am Wädenswiler Berg eingereicht wurde, nicht mehr möglich. Das Vorhaben verlangte den Bau einer grossen, für internationale Turniere zugelassenen Reithalle mit Restaurant, Parkplätzen, Sand- und Springplätzen. Dazu wären verschiedene planerische Massnahmen nötig gewesen, die der Gemeinderat Wädenswil guthiess. Aus Landschaftsschutzgründen rekurrierte ProNatura gegen das Vorhaben. Die Planungsentscheide des Wädenswiler

Gemeinderats wurden von allen drei Rekursinstanzen als rechtswidrig erklärt und aufgehoben.

Die Initiative findet in der Politik wenig Rückhalt. Bundesrat, National- und Ständerat lehnen sie ab. Ohne Verbandsbeschwerderecht wären unzählige Moore, Auen, Wälder und Wiesen in der Schweiz verschwunden. Darum sagt die SP deutlich NEIN zur Initiative gegen das Verbandsbeschwerderecht!

INFOS www.verbandsbeschwerde.ch

30.11.08

Abstimmen



EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

JA Volksinitiative «Für ein flexibles AHV-Alter»

JA Volksinitiative «Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz»

JA Änderung des Betäubungsmittelgesetzes

NEIN Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum in der Schweiz!»

NEIN Volksinitiative «Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern»

KANTONALE VORLAGEN

JA Gesetz über den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HARMOS)

JA Volksinitiative «Mit dem Tram direkt zum Zoo»

NEIN Volksinitiative «Schluss mit der Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder»

NEIN Volksinitiative «Ja zur Wahlfreiheit beim Medikamentenbezug»

JA Hundegesetz ohne Kampfhundeverbot

STIMMFREIGABE Hundegesetz mit Kampfhundeverbot
Stimmfreigabe bei der Stichfrage

KEINE KOMMUNALEN VORLAGEN

Kahlschlag im Natur- und Heimatschutz?

Zürcher FDP-Initiative gegen Beschwerde-Recht
30. November

Nein

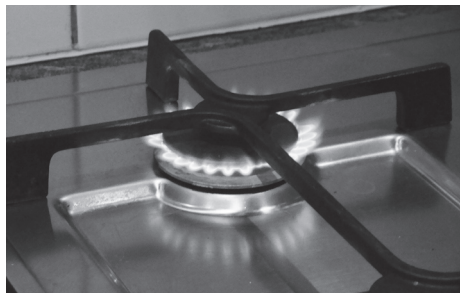


PRIVATISIERUNGS-BANKROTT

Privatisierung in Wädenswil? Nein Danke!

THOMAS LARGIADÈR, GEMEINDERAT

Die aktuelle weltweite Bankenkrise zeigt es einmal mehr: Die grossen Konzerne und ihre Manager garnieren in guten Zeiten unverschämte Summen Geld, reiten dabei den Betrieb in den Ruin und die Zeche darf dann der Staat, sprich der Steuerzahler begleichen.



Weckt Privatisierungsgelüste ...

Jahrelang wurde von den bürgerlichen Parteien das Hohe Lied auf die Privatisierung gesungen. Alles und jedes wollten sie privatisiert haben und der Staat solle sich doch am besten gleich selbst auflösen. Nun, kaum sind die Zeiten schlechter machen alle die hohle Hand und verlangen vom vorher so verpönten Staat Milliarden! Und wie das aktuelle Beispiel UBS zeigt, hat der Steuerzahler bei der Geldausschüttung nicht einmal mehr die Gelegenheit zur Mitbestimmung!

PRIVATE GEWINNE – ÖFFENTLICHE VERLUSTE

Damit wird klar: Privatisierung ist nicht immer die beste Lösung und eine allfällige Privatisierung muss sehr gut überlegt sein. Denn mit jeder weiteren Privatisierung steigt für uns Steuerzahler das Risiko, dass der Gewinn eines privatisierten Betriebes in die Taschen von wenigen fliesst, ein möglicher Verlust aber wir alle zu tragen haben.

Auch in Wädenswil wird immer wieder über die Privatisierung von Teilbereichen und Betrieben der Stadt diskutiert. Diesen Gelüsten steht die SP sehr skeptisch gegenüber. Das Volk ist der Souverän und dieses Volk trägt schlussendlich Risiko und Folgen einer Privatisierung. Ganz abgesehen davon, dass die Qualität einer Leistung von privater Seite nicht unbedingt besser und günstiger ist als der Service public des Staates.

PRIVATISIERUNGEN AN DIE URNE Die SP fordert deshalb ganz klar: Wird in Wädenswil die Privatisierung eines Betriebes einmal ein Thema, dann soll die Bevölkerung an der Urne darüber entscheiden und nicht irgendwelche Politiker in ihren Sitzungszimmern!

Aktuell steht in Wädenswil die Teilrevision der Gemeindeordnung an. Dies ist aufgrund der 2006 in Kraft getretenen neuen Kantonsverfassung nötig. Im Rahmen dieser Teilrevision setzt sich die SP für einen Artikel ein, der verlangt, dass der Entscheid über eine Privatisierung zwingend einer Volksabstimmung bedarf.

Ob die bürgerliche Mehrheit des Gemeinderates dieser Argumentation folgt, wird sich weisen. Es ist gut möglich, dass sie der Mitsprache der eigenen Wählerschaft nicht trauen und auch in Zukunft über Privatisierungen lieber alleine bestimmen wollen. Wir bleiben dran!

STOPP – keine Werbung?

Sie haben einen «Keine Werbung»-Kleber am Briefkasten und trotzdem landet ein So! darin. Eine Unverschämtheit? Nein. Wir halten uns an die Regeln der Post, die besagen, dass Publikationen von Parteien auch in Briefkästen mit «Keine Werbung»-Kleber gesteckt werden dürfen:

«Als offiziell gelten Sendungen von Behörden und öffentlichen Verwaltungen, amtliche Publikationsorgane, Sendungen von politischen Parteien sowie Sendungen von überparteilichen Komitees, sofern diese in einem Zusammenhang mit bevorstehenden Wahlen und Abstimmungen stehen.»

Wir danken für Ihr Verständnis.



So!

Die SP Wädenswil informiert**Diese SP Mitglieder haben zum So! beigetragen****Daniel Jositsch**

«Öffentliche Sicherheit ist Teil des Service public und damit Thema der SP.»

**Julia Gerber Rüegg**

«Jeder Weg zu mehr Sicherheit führt über den Weg der Chancengleichheit.»

**Thomas Largiadèr**

«Mehr Rechte für die Stimmbürger!»

**Gabriele Tulipani**

«Eine nachhaltige Ressourcenerhaltung muss umweltverträglich, volkswirtschaftlich effizient und sozial gerecht sein.»

Abonnieren und unterstützen

Als Abonnentin oder Abonnent erhalten Sie das **So!** mit der Post. Es wird zudem von rund 20 Personen in 7'500 Haushalte in Au und Wädenswil verteilt. Selbstverständlich tun dies alle Personen unentgeltlich – darüber sind wir sehr froh. Merci! Der Druck und das Papier kosten jedoch Geld – und darauf sind wir dringend angewiesen. Wir legen deshalb einen Einzahlungsschein für die drei Ausgaben 2008 bei und danken herzlich für jede Abonnementszahlung (Abo Fr. 12.–, bzw. Unterstützungs-Abo Fr. 25.–) und/oder Spende.

Die Redaktion

So! Nr. 3/08, November 2008**Die SP Wädenswil informiert**

Sozialdemokratische Partei Wädenswil,
Postfach 464, 8820 Wädenswil
Konto Postfinance: 80-43003-3,
erscheint 3 bis 4 mal jährlich, Auflage: 8'100 Ex.
Preis: Abonnement Fr. 12.–,
Unterstützungs-Abonnement: Fr. 25.–
Layout: Schuway! Wädenswil
Druck: Arbeitszentrum am See, Wädenswil
so@spwaedenswil.ch, www.spwaedenswil.ch